

11. September 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge der Abstimmungen über das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz wurde zur Erhöhung des pauschalen Bundeszuschusses für den Gesundheitsfonds eine neu einzuführende Steuer auf gesüßte Getränke ins Spiel gebracht. Diese soll bereits 2027 650 Mio. € erzielen. Für die weiteren Jahre geht man von 450 Mio. € aus. Ausgangspunkt war der Bericht der GKV-Finanzkommission, die eine Zuckerabgabe nach britischem Modell (Staffelung nach Zuckergehalt und Ersatz durch Süßstoffe) vorgeschlagen hat, die der Prävention zugutekommen soll. Das Kabinett hatte den Gesetzentwurf für die GKV unter der Bedingung vorgelegt, dass die Zuckerabgabe in die Primärprävention fließen soll.

Wir als hauptbetroffener Sektor sind zu diesem Vorhaben bislang nicht angehört worden. Obwohl uns die Maßnahme mitten in der schwersten Marktkrise der letzten Jahrzehnte trifft und katastrophale Folgen für die ländlichen Räume hätte.

Voraussetzung für das Wirksamwerden der neuen Steuer ist ein neues Gesetz über die Besteuerung von gesüßten Getränken. Die Ressort-Gespräche über eine Konzeption der Steuer laufen. Ein Referentenentwurf liegt noch nicht vor. Die Umsetzung könnte auch direkt über das Parlament geschehen.

Des Weiteren bedarf es einer Änderung des Haushaltsentwurfs im parlamentarischen Verfahren, damit die Einnahmen aus der Steuer und die Ausgaben des BMG für den Gesundheitsfonds nachvollzogen werden. Die Diskussionen im Bundestag über den Haushalt 2027 werden nach der parlamentarischen Sommerpause in die entscheidende Phase eintreten.

Wir bitten Sie, sich in diesen Verfahren gegen eine Zuckersteuer zu positionieren. Dazu gibt es viele gute Gründe. *(Eine detaillierte Ausführung finden Sie in der Anlage.)*

1. **Eine Zuckersteuer bringt deutlich weniger ein, als erhofft.** Den Einnahmen steht ein jährlicher Verlust in Höhe von 200 bis 250 Mio. € Bruttowertschöpfung entgegen, wenn das britische Modell umgesetzt wird. Denn daraus ergibt sich ein geringerer Zuckerabsatz in der Größenordnung einer Zuckerfabrik. Sollte die Steuer auf andere Produktgruppen ausgeweitet werden, wird der Absatz noch stärker sinken. Hinzu kommen Biodiversitäts- und damit Qualitätsverluste auf landwirtschaftlichen Flächen.
2. **Eine Zuckersteuer leistet keinen belastbaren Beitrag im Kampf gegen Übergewicht.** Das zeigen reale Erfahrungen in Großbritannien und weiteren Ländern mit Zuckersteuer. Modellrechnungen zum Beleg vermeintlich positiver gesundheitlicher Effekte basieren auf Falschannahmen.

3. **Statt Zucker werden vermehrt künstliche Süßstoffe eingesetzt und verzehrt.** Bedenken deswegen kommen aus dem Umweltbundesamt, dem Bundesinstitut für Risikobewertung sowie dem Max Rubner-Institut.
4. **Die neue Steuer bringt neue bürokratische Last für Staat und Wirtschaft.**
5. **Die Kosten für die betriebliche Umsetzung der Steuer werden die gesamte mittelständisch geprägte Ernährungswirtschaft hart treffen.**

Kurzum: die Erwartungen an eine Zuckersteuer sind überzogen, die Folgen zu wenig bedacht. Die volkswirtschaftlichen Schäden sind hoch. Das auch Auswirkungen auf das Steueraufkommen aus z. B. aus dem Gewerbe. Dem entgegen steht eine Maßnahme, die keine belastbaren Ergebnisse für die Übergewichtsprävention aufweist. Vielmehr führt sie sogar zum unerwünschten vermehrten Einsatz von Süßstoffen.

Die gesamte Wirtschaft von Bauernverband über das Handwerk und die Gastronomie bis hin zur Industrie positioniert sich klar gegen die Zuckersteuer.^[1,2]

Tun Sie es auch.

Wir sind zum Gespräch bereit oder vermitteln gerne einen Vor-Ort Termin bei einem Zuckerproduzenten oder Rübenanbauer.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Streng
Vorsitzender der
Wirtschaftlichen
Vereinigung Zucker e.V.



Dr. Lars Gorissen
Vorsitzender des
Vereins der
Zuckerindustrie e.V.



Günter Tissen
Hauptgeschäftsführer Wirtschaftliche
Vereinigung Zucker e.V. / Verein der
Zuckerindustrie

1. Gemeinsame Verbändestellungnahme zum Antrag aus Schleswig-Holstein zur geplanten Einführung einer Zuckersteuer (zuckerverbaende.de)
2. <https://www.nein-zur-zuckersteuer.de>

- Anlage -

Was gegen eine Zuckersteuer spricht:

1. **Das von der Finanzkommission favorisierte britische Modell bringt deutlich weniger ein als die erhofften 450-650 Mio. € jährlich.** Denn dem gegenüber stehen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Das Steuermodell – das nur die Produktgruppe Erfrischungsgetränke umfasst – führt kalkulatorisch zum Schließen einer der verbliebenen 18 deutschen Zuckerfabriken. Dadurch geht jährlich Bruttowertschöpfung in Höhe von 200 bis 250 Mio. € verloren. Neben über 300 tarifgebundenen, gut bezahlten Arbeitsplätzen, davon ca. 23 Auszubildene, wären auch fast 3.000 weitere Jobs in ländlichen Regionen indirekt betroffen. Rund 1.200 Landwirte werden den an sich lukrativen Rübenanbau auf ca. 20.000 ha Fläche aufgeben müssen. Das ist auch ein Verlust für die Biodiversität auf dem Acker. Millionenwerte, bspw. für Maschinen, müssen in den involvierten Unternehmen abgeschrieben werden. Steuereinnahmen aus Einkommen und Gewerbe sowie Sozialversicherungsbeiträge werden in bedeutender Höhe wegfallen. Eine Ausweitung der Produktgruppen für eine Zuckersteuer bedingt höhere Absatzverluste und damit noch weitreichendere Folgen für Landwirtschaft, den Mittelstand und die Industrie in den Heimatregionen.
2. **Eine Zuckersteuer leistet keinen belastbaren Beitrag im Kampf gegen Übergewicht.** Großbritannien hat die Zuckersteuer 2018 eingeführt. Das Ergebnis: das Übergewicht steigt weiter an, obwohl der Zuckerverzehr sinkt.^[1,2] In über hundert weiteren Ländern wurde eine Zuckersteuer ebenfalls eingeführt. Fasst man die Ergebnisse zusammen, gibt es keinen belastbaren Beitrag zur Verlangsamung der Adipositasentwicklung.^[3] Häufig werden deshalb Modellrechnungen herangezogen, um vermeintlich positive Effekte einer Zuckersteuer zu belegen. Diese setzen als Grundannahme voraus, dass eine Zuckersteuer tatsächlich kausal für die Reduktion des Körpergewichts ist. Dafür gibt es aber keine wissenschaftlichen Belege. Eine umfassende wissenschaftliche Analyse zentraler Studien^[4] kommt zu dem Ergebnis, dass keine der häufig herangezogenen Untersuchungen den Anforderungen evidenzbasierter Politik genügt.
3. **Statt Zucker werden vermehrt künstliche Süßstoffe eingesetzt und verzehrt.** Die Erfahrung mit dem britischen Steuermodell zeigt, dass der Zuckergehalt in Erfrischungsgetränken zwar reduziert wurde, dafür aber mehr künstliche Süßstoffe eingesetzt werden^[5,6]. Eine zunehmende Süßstoffaufnahme löst in deutschen

Behörden Sorgen aus. Das Bundesinstitut für Risikobewertung gibt zu bedenken, dass ein gesteigerter Konsum von süßungsmittelhaltigen Erfrischungsgetränken zur Überschreitung der empfohlenen Tagesdosis für einzelne Süßungsmittel führen könnte.^[7] Auch das UBA macht sich Sorgen um die Belastung des Trinkwassers durch Süßstoffe wie Acesulfam-K und Sucralose. Das hat Folgen für die Umwelt, denn diese Stoffe können erst nach langen Zeiträumen abgebaut und kaum aus dem Wasser zurückgeholt werden.^[8]

4. **Eine neue Steuer führt zu neuen bürokratischen Lasten für Staat und Wirtschaft.** Genehmigungen, Berichte, Meldungen, Kontrollen, Warenstromtrennung, Maßnahmen gegen Steuerumgehung, etc. – für diese Prozesse braucht es Personal und Ressourcen in öffentlichen Stellen und in Unternehmen.
5. **Die Kosten für die Umsetzung der Steuer werden die mittelständisch geprägte Ernährungswirtschaft hart treffen.** Mit der Entwicklung neuer Rezepturen, Laboranalysen oder einer lückenlosen Dokumentation entstehen bspw. zusätzliche Aufwände für Getränkehersteller. Aus diesem Grund haben im Juni über 300 Unternehmen der deutschen Getränkewirtschaft vor der Einführung einer Zuckersteuer gewarnt.^[9] Weitere betroffenen Branchen - von Landwirtschaft über das Handwerk und die Gastronomie bis hin zur Industrie - positionieren sich gegen die Zuckersteuer.^[10]

Referenzen

1. <https://www.gov.uk/government/statistics/national-diet-and-nutrition-survey-2019-to-2023/national-diet-and-nutrition-survey-2019-to-2023-report#nutrient-intakes> 2. <https://digital.nhs.uk/data-and-information/publications/statistical/health-survey-for-england> 3. Rubach, Mehr als 100 Länder besteuern zuckergesüßte Getränke. Funktioniert es? <https://mrexpertde.substack.com/p/mehr-als-100-lander-besteuern-zuckergesute?r=> (Zugriff 28. Juli 2026) 4. Schüller et al., Statistisch-methodische Bewertung von Modellierungsstudien zu den Effekten einer Zuckersteuer, Gutachten 2025. https://www.lebensmittelverband.de/fileadmin/Positionspapiere/2025/11/Gutachten_Statistisch-methodische_Bewertung_von_Modellierungsstudien_zu_den_Effekten_einer_Zuckersteuer.pdf 5. <https://www.sipcan.at/post/die-britische-zuckersteuer-eine-gute-loesung> (Zugriff 16.03.2026). 6. Kutepova et al, Declining trends in sweetness of the diet in the UK: 2008/9–2018/19, Front Nutr, 2025. 7. [https://www.bfr.bund.de/assets/01_Veröffentlichungen/Stellungnahmen_englisch/health-risk-assessment-of-the-use-of-sweeteners-in-soft-drinks.pdf](https://www.bfr.bund.de/assets/01_Ver%C3%B6ffentlichungen/Stellungnahmen_englisch/health-risk-assessment-of-the-use-of-sweeteners-in-soft-drinks.pdf) (Zugriff 28.07.2026) 8. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/zuckersteuer-kann-eintraege-persistenter> 9. <https://brauer-bund.de/wp-content/uploads/2026/06/Offener-Brief-der-Getraenkeunternehmen-zur-Zuckersteuer.pdf> 10. https://www.zuckerverbaende.de/wp-content/uploads/2026/05/26-04-16_Verbaendesreiben-Antrag-Zuckersteuer_Bundesrat.pdf